

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM.
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Postäm-
tern, Buchhandlungen Berlin S. 28.
Verbandstr. 63 I. Fernr: Wpl 8863.

Anzeigenpreis
die hiergehörige Zeile 10 Pf.
für Verbandsmitglieder 50 Pf.
Stellenangebote 60 Pf. Bekannt-
machungsanzeigen 10 Pf. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 43.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

34. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 43. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Von dem pünktlichen Bezahlen der Beiträge hängt ebensoviel die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfälle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Dem Ende zu!

Das Durchwachen der jüngsten Tage beginnt sich langsam zu klären. Als wichtiges Extrait des im Schmelztiegel der politischen Welt lodenden Gemüses kristallisiert sich der unbedingte Friede den Willen aller am Krieg beteiligten Völker heraus. Es ist heute mehr denn je unzweifelhaft, daß das lastvoll organisierte länger als 4 Jahre andauernde Massenmorden nunmehr endgültig seinem Ende zugeht. Die Friedensnote der neuen deutschen Reichsregierung hat beim Präsidenten der nordamerikanischen Union eine Antwort ausgelöst, wie sie nicht anders erwartet werden konnte, wenn es diesem mit seinen programmatischen Punkten nur irgendwie Ernst war. Die Grundsätze des Präsidenten Wilson besagen in ihrer Gesamtheit, daß ein Friedensschluß zu Vereinarbeitungen führen muß, die jeden weiteren Krieg verhindern und jedem Volk die ungehemmte Entwicklung seiner wirtschaftlichen und staatspolitischen Verhältnisse sicherstellen. Es dürfe nicht gestattet werden — so sagte Staatssekretär Lansing — daß der Geist der Rache den Beratungen schade. Eine solche Haltung würde den auf richtigen Geist der Rechtlichkeit, der wesentlich ist für die Erzielung eines dauerhaften Friedens, klären.

Nach Wilson soll als Grundlage eines dauernden Friedens gelten, daß es nur eine Gerechtigkeit geben solle, die keine Begünstigten kennt und keine verschiedenen Maßstäbe, sondern nur gleiche Rechte für die verschiedenen in Betracht kommenden Völker. Es könne kein besonderes Interesse irgendeiner einzelnen Nation geben, das mit dem gemeinsamen Interesse aller unverträglich sei. Und weiter könne es in der allgemeinen, gemeinsamen Familie des Völkerbundes keine Verbände, Bündnisse oder besonderen Abmachungen und Verständigungen geben, keine besonderen wirtschaftlichen Kombinationen, auch keine Anwendung irgendeiner Form wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschlusses, abgesehen von der im Völkerbund selbst als Strafmaßregel verhängten Ausschließung von den Weltmärkten, die als Mittel der Disziplin und der Kontrolle dient. Zum Schluß müßten alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art der ganzen übrigen Welt bekanntgegeben werden.

Die neue deutsche Regierung konnte in ihrem Friedensangebot diesen Wilsonschen Grundsätzen um so leichter zustimmen, als die Mehrheitsparteien im Deutschen Reichstag, also die Träger dieser selben parlamentarischen Regierung, folgende Programmpunkte für eine Teilnahme Deutschlands an dem zu bildenden Völkerbund anerkannt hatten:

„Der Völkerbund umfaßt alle Staaten und beruht auf dem Gedanken der Gleichberechtigung aller Völker. Sein Zweck ist die

Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Daseins und freier politischer Entfaltung aller Völker. Der Völkerbund schützt mit seinen gesamten Machtmitteln die ihm beitretenden Staaten unter Anerkennung ihres Besitzstandes in den ihnen vom Bunde gewährleisteten Rechten und schließt alle seinen Zwecken widersprechenden Sonderverträge aus.

Grundlagen des Völkerbundes sind umfassende Ausgestaltung des Völkerrechts, gegenseitige Verpflichtung der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, friedlicher Behandlung zu übergeben, Durchführung des Grundgesetzes der Freiheit der Meere, Verständigung über allseitige und gleichzeitige Abrüstung zu Lande und zu Wasser, Verbürgung der offenen Tür für den wirtschaftlichen und privatrechtlichen Völkerverkehr, internationaler Ausbau der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterschutzes.“

Unzweifelhaft gehen diese Grundsätze über das Wilsonsche Friedensprogramm noch hinaus und die neue deutsche Regierung kann guten Gewissens bekennen, jetzt nach ihrer zustimmenden Verantwortung der drei Zwischenfragen des nordamerikanischen Präsidenten alles getan zu haben, was zum Ende des Weges zum Frieden zu tun notwendig und geeignet war. Mag es auch hüten und drüben noch manche geben, die dem Friedenswerk erneut Steine in den Weg zu rollen versuchen, sie werden einsehen müssen, wie nutzlos ihr Beginnen ist. Der Krieg ist nicht mehr fortzuführen, nachdem das deutsche Volk durch seine Regierung seiner unbedingten Friedensliebe und Friedenssehnsucht in der zweifelsfreiesten Form Ausdruck gegeben und sich dabei die Grundsätze zu eigen gemacht hat, die von der anderen Seite einmütig als Voraussetzung der Waffenruhe angesehen werden. So hat die neue deutsche Regierung Vorbereitungen getroffen, die es den feindlichen Mächten sehr erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen, sich dem deutschen Friedensangebot ablehnend gegenüberzustellen. Allerdings: In deren Hand liegt es, weniger in der unseren, welche Zeitpannen uns noch von dem Augenblick trennt, in dem die Menschheit vom Abbruch der Kriegsfurie befreit, wieder ihrem aufbauenden Schaffensdrang wird folgen können. Die Brücke zum Frieden ist geschlagen, mag dieser selbst nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Das rechte Versprechen der Stunde war eine Tat, deren weltgeschichtliche Bedeutung erst in späteren Zeiten voll gewürdigt werden wird. Sie war — wie das „Berliner Tageblatt“ sagte — der Ausdruck einer unbefangenen Würdigung der tatsächlichen Lage, einer Erkenntnis von den Notwendigkeiten auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik und einer unbetrübten Entschlossenheit, dem Willen des Volkes die oberste Geltung in der Bestimmung seiner Geschichte zu sichern. Mag auch noch ein Teil der feindlichen Presse das deutsche Friedensangebot als unehelich und noch schlimmeres bezeichnen, so braucht uns das nicht zu bestimmen. Die Kriegsführer von beiden Seiten haben noch immer mit schroffer Abweisung und spöttischem Hohn auf jeden entgegenkommenden Schritt geantwortet. Und wenn sie auch noch immer zerkend und vergiftend wirkten, so darf uns das nicht stören. Von der Bewahrung der feind-

lichen Ruhe hängt jetzt um so mehr ab, als ein Friedensschluß nach solchem Geschehen selbstverständlich nicht die einfachste Sache von der Welt ist, selbst wenn auf allen Seiten der gute Wille die Handlungen leitet. An der ehrliehen Absicht Deutschlands, selbst unter größeren Opfern zu einem dauernden und gesicherten Weltfrieden zu kommen, ist unter den gegebenen Umständen kein Zweifel.

Und das Ausland? Wenn auch ein Teil der feindlichen Presse noch immer gegen eine Annahme unseres Friedensangebotes Stellung nimmt, die Völker selber achten die weniger, sie hungern genau so nach dem Frieden als wir. So wird aus Italien berichtet, daß in vielen Großstädten Kundgebungen für den Frieden stattgefunden haben und daß in Mailand und in anderen Städten die Arbeiter spontan die Fabriken verlassen hätten, um ihrer Freude über das Friedensangebot Ausdruck zu geben. Und die Meinungen französischer Organe bewegen sich in der gleichen Richtung. Alle, die mögen leben wo sie wollen, sind des Krieges herzlich müde, sie leben in den gegenwärtigen Schicksalsstunden genau wie wir in der bangen Erwartung: Wird Frieden sein oder soll das Grauen weitergehen. Diesen überall erkennlichen Friedenswillen aller Völker werden die jeweiligen Regierungen nicht gering achten dürfen und den Massensinnungen wird zu guter Letzt doch Rechnung getragen werden müssen.

Und so kann die Stunde nicht mehr fern sein, in der wir mit den Millionen Heimkehrer rechnen können, die dann nicht mehr der Tod ins Angesicht zu sehen brauchen. Unser Volk, das in vier Jahren leidvollster Prüfungen und harter Entbehrungen das Leben überlebt hat, es wird endlich aufatmen und ungebunden an die Lösung der dann auftauchenden Fragen gehen können. Harte Arbeit steht uns auch dann bevor. Die Entlassung der Kriegsteilnehmer fällt zusammen mit dem Stillgehen der Kriegsindustrrie. Die Friedensarbeit bleibt eingeeignet durch den Rohstoffmangel; fehlende Transportmöglichkeiten und Entwertung unserer Zahlungsmittel werden die baldige Beseitigung dieses Mangels verhindern. Selbst bei allseitigem besten Willen zur Arbeitsbeschaffung wird mit einer Arbeitslosigkeit größten Umfanges zu rechnen sein. Wir müssen mit ganz gewaltigen Steuern zur Verzinsung der Kriegsanleihen und außerdem noch notwendig werdenden Schulden in Folge Fürsorge für die Invaliden, Kriegswitwen und Kriegswaisen rechnen. Alle sonstigen Schwierigkeiten werden sich nach dem Kriege vervielfältigen und auch für unsere Gewerkschaften werden harte Zeiten nicht ausbleiben, bis sich das wirtschaftliche Drumherum und Draußen in etwa geklärt haben wird. Da heißt es wohl, alle Kräfte anzuspinnen, um in dem dann einsetzenden Daseinskampf nicht als die Schwächsten zu unterliegen. Die Veränderung der Welt wird einschneidender sein wie noch nie zuvor, doch die Träger der einzelnen Völker, die Arbeiterschaft wird sich ihren Platz in den neuen staatlichen Gebilden zu sichern wissen. Mehr als alles andere selber haben die langen Kriegsjahre erkennen lassen, daß dem Volke werden muß, was immer nur des Volkes ist. Nun laßt uns dafür sorgen, daß dies auch in den kommenden Friedenszeit geschieht. Ausbau und Stärkung der Gewerkschaften und deren Einrichtungen ist dazu heute schon vonnöten.

Eine Reichsstelle für Kriegerfürsorge.

SK. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat dem Reichstagspräsidenten, den Führern der Reichstagsfraktionen und dem Reichsanwalt eine dringende Eingabe um Schaffung einer Reichsstelle der Kriegerfürsorge überreicht. Unter Berufung auf den kaiserlichen Erlass vom 30. September 1918, der dem deutschen Volke weitestgehende Beteiligung an den Reichsgeschäften zusichert, fordert er für die Neuorganisation der Reichsbehörden auch ein Reichsamt für Kriegerfürsorge, dessen Leitung in die Hände von Persönlichkeiten gelegt werden soll, die das Vertrauen der Beteiligten in weitestem Umfang besitzen und aus der ständigen Fühlungnahme mit ihnen und ihren Organisationen Anregungen und Kräfte zur Durchführung dieser großen Aufgabe schöpfen.

Zu den Aufgaben der neuen Reichsstelle sollen in erster Reihe gehören:

- Fürsorge für Kriegsbeschädigte;
- Fürsorge für Kriegsteilnehmer;
- Fürsorge für Kriegerverwundete;
- Fürsorge für die Familien der einberufenen Mannschaften.

Der Reichsbund weist zur Begründung darauf hin, daß die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen vor dem Kriege nur ganz ungenügend geordnet war. Während des Krieges sind nur unwesentliche Änderungen erfolgt. Selbst die von der Regierung gegebenen Versprechen sind nicht eingelöst und die Anregungen aus den Kreisen der Kriegsbeschädigten nicht beachtet worden. Das Fürsorgewerk ist zerstückelt zwischen einer Anzahl von militärischen und bürgerlichen, amtlichen und halbamtlichen und privaten Instanzen. Daraus entstehen fortwährend Zweifel über die Zuverlässigkeit der Fürsorgegesuchen, unerträgliche Langsamkeit in der Erledigung von Anträgen, Widersprüche in den Entscheidungen.

Bei den Kriegsbeschädigten und Kriegsinvaliden besteht vielfach schwere Notlage. Auch den nichtbeschädigten Kriegsteilnehmern sind durch die lange Kriegsdauer soziale, kulturelle, wirtschaftliche und familiäre Schädigungen erwachsen, deren Ausgleich Pflicht des Reiches ist. Diese Zustände haben bei den Seesoldaten und in ihren Familien Erbitterung erzeugt, deren Vermeidung nur durch eine großzügige Zusammenfassung der gesamten Kriegerfürsorge in einer Reichsstelle möglich erscheint. Der Reichsbund bittet dringend darum, bei der jetzigen Schaffung neuer Reichsämter auch die Reichsstelle für Kriegerfürsorge mit ins Leben zu rufen.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 4. Oktober waren die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer Konferenz zusammenberufen, um zu dem Eintritt eines Mitgliedes der Generalkommission in die Reichsregierung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende der Generalkommission berichtete einleitend über die Vorgänge der letzten Tage, die zum Rücktritt des Reichsanwalts Grafen v. Hertling und zur Parlamentarisierung der Regierung führten. Mit der Schaffung eines parlamentarischen Ministeriums wurde die Neuerrichtung eines Reichsarbeitsamts verknüpft, das das Reichswirtschaftsamt von seinem sozialpolitischen Aufgabenbereich entlasten soll. Da die Mitglieder der Regierung den Parteien entnommen werden sollten, so trat auch an die Sozialdemokratie die Aufforderung heran, einige Männer ihres Vertrauens an der Regierung zu beteiligen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ermächtigte den Genossen Scheidemann, in die Regierung einzutreten und ersuchte die Generalkommission um den Vorschlag eines Genossen aus dem Kreise der Gewerkschaften für die Leitung des Reichsarbeitsamtes. Die Generalkommission beschloß, der Aufforderung zu entsprechen, wollte aber die Delegation einer zu berufenden Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände überlassen. Die Konferenz wurde unverszüglich berufen. Da der Parteivorstand aber glaubte, mit den Vorschlägen für die neue Regierung nicht länger warten zu können und zur Eile drängte, so sah sich die Generalkommission genötigt, der Konferenz der Vorstände das Vorschlagsrecht vorwegzunehmen. Sie brachte den Genossen Gustav Bauer für die Leitung des Reichsarbeitsamts in Vorschlag, der inzwischen auch bereits zum Staatssekretär ernannt worden ist. Regien be-

richtete weiterhin über die Delegation an den Reichsanwalt v. Hertling und über die vor dem Kriegssamt gepflogenen Verhandlungen über Kriegsernährung und Arbeitszeiterleichterung sowie über die Situation der Arbeitskammerverträge, die infolge des Rücktritts des Staatssekretärs v. Hertling hinfällig wurde. Der neuen Regierung bleibe die Aufgabe, einen neuen Entwurf vorzulegen, der den Forderungen der Arbeiterchaft entspreche. Mit diesem Wechsel der Dinge ist auch die geplante Konferenz aller Gewerkschaftsgruppen zur Stellungnahme zum Arbeitskammerentwurf erledigt, ebenso die für den gleichen Zeitpunkt vorgesehene Vorstandskonferenz. Der Redner schließt seinen Bericht mit der Versicherung, daß der Entschluß, in die Regierung einzutreten, durchaus nicht leichtes Herzens gefaßt worden sei, aber die Entwicklung der Ereignisse ließ keine andere Entscheidung zu. Die Lage sei außerordentlich ernst; sie gleiche derjenigen vom August 1914, und heute wie damals hätten die Gewerkschaften die Pflicht, sich der Landesverteidigung zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz habe trotz der bereits vollzogenen Ernennung der Arbeitsminister die Aufgabe, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen und ihr Urteil darüber abzugeben.

Die Erörterungen über den Eintritt von Gewerkschaftlern in die Reichsregierung nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Endlich stimmten alle Redner darin überein, daß die Arbeiterchaft sich dem Eintritt in die Reichsregierung nicht entgegen dürfte. In der Personenfrage traten zwar Abweichungen zu Tage, doch stimmte schließlich die Konferenz einmütig dem Eintritt Bauers in das Reichsarbeitsamt zu. Auch die Mitteilung, daß Prof. Schmidt für das Amt eines Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsamt ausersuchen sei, rief große Befriedigung hervor. Die Anregung, zur Aufklärung über die außerordentliche Situation und über die innere Umgestaltung ein Flugblatt herauszugeben und in Massen zu verbreiten, wurde mit dem Hinweis, daß es Aufgabe der Gewerkschaftspresse sei, über die gegenwärtige Lage der Arbeiterchaft zu informieren, fallen gelassen.

Aus der Teilnahme der Arbeiterchaft an der Regierung ergeben sich für die innere Neuorientierung eine Reihe von Problemen, zu denen früher oder später noch eingehend Stellung genommen werden muß. Die Konferenz war der Meinung, daß, sobald solche Fragen als dringlich eintreten, sofort eine neue Konferenz einzuberufen sei. Die Anstellung von Ersatzkräften solle der Generalkommission zur Vorprüfung überlassen werden, die der nächsten Vorstandskonferenz geeignete Vorschläge machen werde. Bauer werde für die Dauer seiner Reichsstellung von seiner Anstellung in der Generalkommission entbunden; sein Rücktritt in die bisherige Stellung werde ihm offen gehalten. Er bleibe auch fernerhin Mitglied der Generalkommission und werde in dieser Eigenschaft an deren Sitzungen teilnehmen. Die Konferenz stimmt diesen Auffassungen zu.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1917.

Wie die freien Gewerkschaften, so haben auch die christlichen einen erheblichen Aufschwung genommen. Der Mitgliederzuwachs von 114 000 ist der stärkste, den die christlichen Gewerkschaften je aufzuweisen hatten. Ende 1916 waren 178 900 zahlende Mitglieder vorhanden, die Ende 1917 auf 293 187 angewachsen waren, was eine Zunahme von 64 Prozent bedeutet. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 28 764 auf 44 416 gestiegen. Der Aufschwung in der Mitgliederbewegung hält auch im laufenden Jahre weiter an, so daß gegenwärtig mehr als 370 000 Mitglieder vorhanden sind, zu denen noch die etwa 150 000 Mitglieder, die sich zurzeit im Heeresdienst befinden, hinzuzurechnen wären. Der Hauptzuwachs kommt aus der Arbeiterchaft der Kriegsindustrie. Der Gesamtvermögensbestand betrug Ende 1917 annähernd zehn Millionen. Wenn auch diese Ziffern nicht mit denen der freien Gewerkschaften zu vergleichen sind, so drückt sich doch in ihnen eine Macht aus, die nicht zu unterschätzen ist.

Wahrscheinlich hängt das stärkere Anwachsen der christlichen Gewerkschaften mit ihrer Radikalisierung zusammen, die sie den freien Gewerkschaften in der Auffassung der Klassenkämpfe und der Methoden zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen mehr als früher genähert hat. Auch in dem im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften gegebenen Bericht werden kräftige Töne für die Gleichberechtigung der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete angeschlagen und entsprechende Reformen verlangt, die Gegner solcher Forderungen aber nach Gebühr gekämpft.

Besonders bemerkenswert ist in dem Jahresbericht, der im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht wird, die scharfe Stellungnahme zu allen innerpolitischen

Streitfragen. Die ganze Emanzipationsbewegung der Arbeiterchaft habe, so heißt es da, im preußischen Verfassungskampf ihren klarsten Ausdruck gefunden; hier mußte es sich zeigen, ob die bisher herrschenden Klassen bereit seien, die praktische Schlussfolgerung aus der neuen Lage zu ziehen, wozu sich die Wahrnehmung gestellt, daß in den übrigen am Kriege beteiligten großen Industriestaaten auf die Arbeiterchaft und ihre Bewegung die größte Rücksicht genommen war. Um so peinlicher habe die ablehnende Haltung eines großen Teils der bisher herrschenden Klassen gewirkt:

„Was durch die ablehnende Haltung an aufkeimenden Gefühlen für den Staat und seine Lebensaufgaben gerührt worden ist, läßt sich gar nicht aufzählen. Hätte nicht die Arbeiterbewegung die Massen so stark diszipliniert, so würden sich verhängnisvolle Folgen ergeben haben. Man muß in die Seele der Arbeiter, auf deren Schultern jetzt geradezu das Schicksal von Volk und Vaterland ruht, die stehende Empörung sehen, die durch die unverantwortliche Haltung der Wahlrechtsgegner hervorgerufen wurden. Es wäre mehr als Selbstverleumdung, es wäre Selbstentmannung, wenn sie sich nicht bis zum äußersten dafür einsetzte, den Emanzipationskampf der Arbeiterchaft durchzulämpfen.“

Mit gleicher Entschiedenheit wendet sich der Bericht gegen die immer noch auf ihr Verrentum poehende Unternehmerschaft. Während die Arbeiterchaft alles aufbiete, alle Fragen der Industriebetätigung auf dem Boden der Verständigung zu lösen, lehnen die Unternehmer in der Großindustrie einfach ab. Die Organisationen der Arbeiter, die so unter dem Druck eines Klassenkampfes von oben ständen, seien jenen ein Gegenstand des Hasses und ständiger Schläge. Gerade aus diesen Gründen empfinde es die Arbeiterchaft mit einem wahren Ingrimm, wenn ihr nun noch die von höchster Stelle zugesagte Gleichberechtigung im politischen Leben vorenthalten werde. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung sei bereits der Demagogie der Unternehmerränge verfallen, die vorzureden suchten, daß die deutschen Arbeiter viel mehr Recht hätten als die englischen Arbeiter: „Daß dieser Sumpf dann hin und wieder Blasen aufwirft — wen kann das überraschen? Mit denkbar größter Entschiedenheit aber müssen es die Arbeiterorganisationen ablehnen, dafür verantwortlich gemacht zu werden.“

Aus diesen und anderen Neuerungen ist ersichtlich, wie stark bereits die christlichen Gewerkschaften radikalisiert sind. Freilich, es wäre verfehlt, wollte man in ihnen schon künftige entscheidende Mitkämpfer für den politischen Fortschritt in Deutschland sehen. Ihre enge Verbindung mit dem Zentrum hindert die christliche Gewerkschaftsbewegung an der freien Entfaltung im Dienste der Arbeiterklasse. Aber wie jüngst der Vorstoß Stengers und der erbischliche Kampf gegen die politisierenden Arbeiter gezeigt hat, bereiten sich infolge der Kriegslehren innerhalb der Gesamtheit der katholischen Welt grundsätzliche Veränderungen vor, die vielleicht auch eines Tages den Charakter der christlichen Gewerkschaftsbewegung völlig verändern.

An dem Wachstum der christlichen Gewerkschaften hat der keine graphische Zentralverband nicht teilgenommen, denn seine Mitgliederzahl liegt nur von 568 auf 676 im Jahresdurchschnitt von 1916/17. Sein Vermögen ging wie in den letzten Jahren erheblich zurück, es belief sich nur noch auf 27 576 Mk., weil seine Ausgaben die Einnahmen um mehr als 2500 Mk. überstiegen; die Gesamteinnahmen betragen nur 14 492 Mk., die Gesamtausgaben 17 028 Mk. Wiedel von den Mitgliedern unserm Berufe angehören, geht aus dem Bericht nicht hervor. Bekanntlich nimmt der christliche Verband außer allen sonstigen graphischen Berufsangehörigen noch Papierfabrikarbeiter, Farbenarbeiter usw. auf, so daß man natürlich nicht davon reden kann, daß die christlich gestimmten Kollegen ihn als eine dringend notwendige Organisation neben unserm Verbands betrachten. Das kommt daher, weil sie wissen, daß wir als neutraler Verband nicht nach Farben und parteipolitischen Angehörigkeit fragen, sie somit auch in unserm Reihen, unbeschadet ihrer sonstigen Ansichten, sich gewerkschaftlich betätigen können.

Aus unserem Beruf.

Zur Nachachtung empfohlen: Die Geschäftsbücherei und Buchdruckerei L. W. Barckhall in Berlin hatte während der Sommerzeit ihren Angestellten und Arbeitern den Sonnabendnachmittag freigegeben. Jetzt nun hat sich nach Vereinbarung des Arbeitersausschusses des Betriebes mit dem Inhaber der Firma letztere entschlossen, auch für die kommende Zeit den Sonnabendnachmittag freizugeben, soweit der Geschäftsgang dies zuläßt, und

war ohne Lohnabzug. Die Arbeitszeit verkürzt sich dadurch von 52 auf 49 Stunden.

Preistreiberi mit Schulbüchern. Wenn alle mit allem wuchern, wenn der Weizen Brot einen kaum erschwinglichen Preis erreicht hat — warum soll nicht auch der Schulunterricht zu einem Luxus werden, den nur Kriegsgewinner ihren Kindern gestatten können? Also mochten auch die diversen Schulbücherzeuger und -händler gedacht haben und eine Preistreiberi in Schulbüchern setzte ein, wie man sie etwa nur in — Zeit oder in Säulen gewohnt ist! Und so wie gegen jede Preistreiberi ein papierener Erlaß — der aber sonst niemandem wehtut! — losgelassen wird, so soll auch mit nachstehendem amtlichen Erlasse diesem Bucher beigefolommen werden:

„Es wird in Erinnerung gebracht, daß nach einem Erlasse des Ministeriums für Kultus und Unterricht bei jedem zum Unterrichtsgebrauche angelassenen Lehrbuche nicht nur auf dem Umschlags-, sondern auch auf dem inneren Titelblatt der genehmigte Ladenpreis ersichtlich gemacht sein muß, über den beim Verkaufe nicht hinausgegangen werden darf. Die Schüler und Schülerinnen sowie die betreffenden Eltern oder deren Stellvertreter wären in geeigneter Weise, jedenfalls auch durch Anschlag und Verlautbarung im dortigen Amtsblatte, auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und aufzufordern, die Bücher zu den höheren als den genehmigten, auf dem Titelblatte ersichtlichen Preisen nicht anzukaufen.“

Ob's was nützen wird? Wer da weiß, wie wenig ähnliche Erlasse über „Höchstpreise“ und andere schöne Dinge ihren Zweck erreichen, wird es billig bezweifeln. . . . („Einigkeit!“)

Handschuhleder als Einbandmaterial. Da die Buchbinderei gegenwärtig unter dem Mangel der für sie üblichen Einbandmaterialien und der Rohstoffe besonders zu leiden hat, so sind für die Kriegszeit zahlreiche Ersatzstoffe aufgetaucht, die zum Teil sehr wesentliche Dienste geleistet und es den meisten buchbindereischen Betrieben überhaupt ermöglicht haben, ihre Werkstätten offen zu halten. Die in der Buchbinderei in der Hauptsache gebräuchlichen Leder sind so gut wie vom Markte verschwunden, ebenso das Leinen, so daß Papiergewebe und Papiere jetzt als Ersatz eine große Rolle spielen. Vielfach wird aber jetzt ein Leder als Einbandstoff benutzt, das bisher für die Zwecke der Buchbinderei nicht herangezogen wurde, nämlich das Handschuhleder. Während das Buchbinderleder auf dem Wege der Lohgerberei hergestellt wird, kommt für Handschuhleder die Sämisgerberei in Betracht. Diese sämischegerberien Leder sind ungemein weich, von fast wolliger Beschaffenheit. Ihre große Dehnbarkeit macht sie für Bucheinbände schwer verwendbar. Trotzdem werden sie verwendet, weil eben keine anderen Leder zur Verfügung stehen. Zuerst hatte man dabei große Schwierigkeiten, da die große Dehnbarkeit des Leders nur mit Mühe einen gediegenden Einband herstellen ließ. Wird aber das Handschuhleder vor seiner Verarbeitung genügend gestreckt, am besten gespannt, dann ist dieser Uebelstand zum guten Teil beseitigt. Kleinere Einbände, namentlich Ganz-Lederbände, lassen sich dann recht gut herstellen. Vor allen Dingen machen Wuchseinbände aus Handschuhleder einen sehr schönen Eindruck, der namentlich durch die Weichheit der Haut hervorgerufen wird. Handvergoldung sieht auf diesem Leder ausgezeichnet. An sich stellt die Verwendung solcher Leder zu Einbänden nichts unbedingt Neues dar, da auch die sogenannten Wildleder und Samtleder stets vielfache Anwendung fanden. Da es sich bei den Handschuhledern um eine geschmackvolle Vereinerung der Einbandkunst handelt, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß diese Leder auch im Frieden, wenn uns wieder die anderen zur Verfügung stehen, als Einbandstoff Verwendung finden. Technische Schwierigkeiten sind dann sicher bei einiger Übung und Erfahrung zu beseitigen.

(„Journal für Buchbinderei.“)

Was unsere Kollegen aus dem Felde schreiben!

Ein selbgrauer Kollege ersucht uns um Aufnahme des nachstehenden Briefes, der als an alle Zweifler gerichtet gedacht, jedoch vor den politischen Umwälzungen der jüngsten Tage geschrieben ist. Das muß im besonderen bei den zwei letzten Absätzen beachtet werden.

Belgien, den 20. September 1918.

Lieber Kollege!

Verzlichen Dank für Deine lieben Zeilen. Ersehe ich doch daraus, daß Du noch wachsam bist, und kann Dir gleiches von mir berichten. Es freut mich, daß Du den Zeitereignissen Dein Augenmerk zuwendest

und zu den verschiedenen Tagesfragen Stellung nimmst. Doch kann ich Dir nicht bestimmen, soweit Deine Einwendungen die Parteilosheit oder die der Vertreter der Arbeiter schiedlich betreffen. Du meinst, die deutsche Partei hätte in der internationalen Politik vollständig versagt. Früher hätte sie den Militarismus bekämpft, während sie ihn heute unterstützt. Du findest es begreiflich, daß man zu Anfang des Krieges die Regierung unterstützt hat, wünschst aber, nachdem unsere Heimat durch die Verteilung sichergestellt sei, eine stärkere Opposition zur Regierung. Du meinst ferner, wenn die baltische Sozialdemokratie, die doch eine führende Rolle in der Internationale gespielt hat, in dieser Frage eine stärkere Stellung eingenommen hätte, dann wäre auch die Opposition in den feindlichen Ländern schärfer in Erscheinung getreten.

Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Zunächst freut es mich, daß Du zugibst, daß unsere Vertreter, soweit die Ernährungsfrage und die Kriegsausführungen in Frage kommen, praktische Arbeit geleistet haben, ja die führende Partei gewesen sei. Lassen wir die Stellungnahme der Arbeitervertreter kurz nochmals vor unseren Augen vorbeiziehen. Am 4. August 1914 bereits erklärten unsere Vertreter im Reichstag, daß sie trotz der Anerkennung der Pflicht der Vaterlandsverteidigung jederzeit bereit seien, die Hand zum Frieden zu reichen, falls die Feinde vom gleichen Wunsche besetzt seien.

In der Folgezeit wurde dieses Bekenntnis des öfteren wiederholt. Im Sommer 1917 gelang es unseren Vertretern, die Mehrheit des Reichstages auf die bekannte Friedensresolution festzusetzen. Stets war es ihr Bestreben, einen Frieden zustande zu bringen, der unsere Existenzmöglichkeiten wahrte, der es auch dem Gegner ermöglichte, zu bestehen und mit Ehre aus dem Kampfe zu scheiden. Das Wort vom Verständigungsfrieden ist so populär, daß ich darüber weiteres nicht zu sagen brauche. Jede Handlung für den Frieden ging in der Hauptsache von uns aus und nicht an uns liegt es, wenn alle Bemühungen bisher gescheitert sind. Stets waren wir mit aller Kraft bereit, dem Frieden eine Wasse zu bahnen.

Wie steht es damit bei den Genossen im gegnerischen Lager? Ich will nicht verkennen, daß auch dort einzelne Männer für den Frieden gewirkt haben. In Frankreich wurden sie jedoch wegen Flammerei unter Anklage gestellt und zu schweren Strafen verurteilt. In Frankreich, England und Italien wurde den Vertretern der Arbeiter die Waffe zur Stockholmer Konferenz verweigert und in dem angeblich freien Amerika wurden vor einigen Wochen 33 Arbeiter und Friedensfreunde zu über 700 Jahren Zuchthaus verurteilt. Arbeiterführer wie Samuel Wilson von den englischen Seelenten, wie der oberste Beamte der amerikanischen Gewerkschaften, Compers, der die ganze Welt bereist, um alles in den Krieg zu heben und jede Friedensregung zu ersticken, wären bei uns unmöglich. Mit Zug und Trug wird auf gegnerischer Seite nicht nur gegen Deutschland im allgemeinen, sondern auch gegen die deutsche Arbeiterchaft im besonderen gearbeitet. Sie wollen uns befreien, saaten sie in einer Wochsüre und in Flugblättern, die ihre Flieger über unseren Linien abwarfen. Glaubst Du an die Ehrlichkeit dieses Vorgehens? Sie wollen uns nur zersplittern, weil sie uns, solange wir zusammenhalten, nicht unterkriegen können. Sie wollen angeblich den deutschen Militarismus vernichten und gütchen bei sich einen Militarismus, wie er bei uns niemals bestanden hat. Sie wollen uns bürgerliche Freiheiten bringen und erlösen jede freie Regung in ihren Ländern. Zu den ungläublichsten Verleumdungen hat besonders das angeblich freie Amerika gegriffen, um seine Soldaten gegen uns aufzupeitschen. Was hat dieser Staat seither für die Arbeiterchaft auf sozialwirtschaftlichem Gebiete geleistet? Wo sind seine Arbeiterversicherungsgesetze? Das Kapital beugt in der freien Republik jedes Recht nach seinem Willen und die sorgföhligen Lynchgerichte beweisen den dort herrschenden fittlichen Tiefstand. Man verschone uns mit „Kulturträgern“, wie sie in allen Farben seit 4 Jahren gegen unsere Front anrennen. Wir lehnen die Befreiung durch unsere Feinde ab. Soweit es bei uns etwas zu befreien gilt, sind wir selbst dazu in der Lage, dies zu tun.

Es ist traurig, daß man nach 4 Kriegsjahren, die nicht bloß dem deutschen Volke, sondern auch dem Gegner schwere Wunden geschlagen, noch so dem Frieden alle Türen verammelt. Sollen wir jetzt aber, wo die Feinde jede Friedensverhandlung ablehnen, die Klinte wegwerfen und unsere Heimat dem Feinde preisgeben? Das wäre doch die unvermeidliche Folge einer Kampfsange im Innern. Darauß warten ja die Gegner bloß und sehen keine Geldoyer, dies zu erreichen. Nach unseren Rechten, nach unserem Wohlbestinden würden die Gegner nichts fangen, wenn wir erst am Boden

lägen. Die paar Wohlmeiner und Mahner würden im Kriegstaumel verstümmen, wie seither jeder Friedensfreund in feindlichen Ländern kalt gestellt wurde. Warum ist der Körper von Joures noch nicht gerichtet? Ich meine, die Zeit ist nicht mehr ferne, wo auch unsere Gegner zur Vernunft kommen, wo sich bei ihnen die Erkenntnis Bahn bricht, daß wir nicht zu vernichten sind.

Ist dieser Tag erst einmal da, dann kann die Menschheit hoffen, von dieser fürchterlichen Kriegsgeselle befreit zu werden. Der deutsche Militarismus wird aufhören, sobald der Militarismus unserer Feinde aufhört. Und ist erst mal die Kriegsnot vorbei, der Brand gelöscht, dann werden wir selbst schon danach trachten, daß sobald kein neuer Brandherd mehr entsteht. Das deutsche Volk ist in 4 Kriegsjahren reich an Erfahrungen geworden, so daß es mit den Feinden eines gesunden Fortschrittes im Innern schon fertig werden wird, sobald der äußere Kampf beendet ist. Ich habe nicht den Eindruck, daß unsere Vertreter so mit der Regierung befreundet sind, wie Du dies annimmst. Im Gegenteil habe ich den Eindruck, daß es auch hierbei davon abhängt, wieweit die Regierung zu einer vollständigen Politik zu haben ist. Noch haben wir keine sozialistischen Minister, wie sie seit 4 Jahren in den feindlichen Ländern vorhanden sind, die aber nichts getan haben, um die Internationale und den Frieden zu fördern. Daß letzteres aber beständig das Bestreben der deutschen Arbeiterchaft und ihrer Vertreter war, erfüllt mich mit besonderer Gemutigung. Aber bei den schänden Abweisungen, die alle diese Bestrebungen auch von den feindlichen Arbeitervertretern erfahren haben, kann man wirklich im Zweifel sein, ob nicht von unserer Seite des Guten zu viel gesehen ist, wodurch der Eindruck in den feindlichen Ländern erweckt wurde: Deutschland ist am Ende seiner Kraft, deshalb muß es um Frieden bitten.

Mit bestem Grube schlicke ich und verbeibe
Dein G. D.

Internationales.

Oesterreich. Teuerungszulagen in den Wiener Buchbindereien. Nach der zu Ende geföhrten Teuerungssaktion für die in den Buchdruckereien beschäftigten Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen sind nunmehr auch die Verhandlungen, die zwischen der Gewerkschaft der Buchbinder und dem Verein der Buchbindermeister für den Wiener Gemeinsschaftsbezirk einerseits und dem Verein der Buchbinder usw. Oesterreich (Ortsgruppe Wien) andererseits gepflogen wurden, abgeschlossen worden. Alle in den Wiener Buchbindereien, Rastriananstalten usw. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten von der am 23. September 1918 beginnenden Arbeitswoche an neuerlich folgende Teuerungszulage für jede Woche:

- Arbeiter im ersten Jahre nach der Lehrzeit 9 K.
- Arbeiter vom zweiten Jahre nach der Lehrzeit ab 12 „
- Arbeiterinnen im ersten Jahre der Berufstätigkeit 3 „
- Arbeiterinnen vom zweiten Jahre der Berufstätigkeit ab 6 „

Teuerungszulagen, welche seit dem 19. August 1918 gegeben werden, können eingerechnet werden. Bei der Berechnung von Ueberstunden sind die wöchentlichen Teuerungszulagen einzuzurechnen. Jedoch dürfen Ueberstunden in der Regel erst dann gerechnet werden, wenn die normale Arbeitswoche erfüllt ist.

Die Regelung der Stückpreise ist noch nicht abgeschlossen. Zurzeit ist eine Kommission mit der Ausarbeitung eines einheitlichen Akkordtarifs für ganz Wien beschäftigt. Diese umfangreiche Arbeit konnte bis zum 1. Oktober, wie das im Lohnarbitrervertrage vorgesehen war, noch nicht fertiggestellt werden.

In Brünn waren langwierige Verhandlungen notwendig, um Teuerungszulagen zu erreichen. Gefordert wurde eine allgemeine Lohnerhöhung um 50 Proz. auf die zurzeit geltenden Lohnsätze. Erreicht wurde: Alle am 3. August 1918 bestandenen Gehältenlöhne werden um 30 Proz., alle Arbeiterinnenlöhne um 25 Proz. erhöht. Ebenso werden die im November 1917 vereinbarten tariflichen Minimallohne um 30 Proz., beziehungsweise 25 Prozent erhöht.

In Klagenfurt erhielten sämtliche beschäftigten Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen durch das Eingreifen des österreichischen Buchbinderverbandes eine 60 prozentige Teuerungszulage. Außerdem wurden erhebliche dauernde Lohnzulagen bewilligt.

Rundschau.

Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften im Jahre 1917. Nach der von der Generalkommission aufgenommenen und veröffentlichten Statistik sind auch im vergangenen Jahre die Arbeitersekretariate trotz aller Beschränkungen ihren Aufgaben durchaus gerecht geworden. Das Tätigkeitsgebiet der Sekretariate ist durch den langandauernden Kriegszustand nicht eingeeignet, sondern noch erweitert worden. Der Kriegszustand hat eine Reihe Ercheinungen zeitigt, die die Ursachen zu neuen Rechtsstreitfragen bilden. Die Zahl der von den freien Gewerkschaften unterhaltenen Arbeitersekretariate beträgt 130. An der Statistik sind jedoch nur 119 Sekretariate beteiligt. Von den berichtenden Sekretariaten werden 102 von den Gewerkschaftsarten unterhalten, davon 88 aus den Kartellklassen und 19 durch Erhebung besonderer Beiträge, die direkt an das Sekretariat abgeführt werden. 18 sind Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes und bei 4 Sekretariaten werden die Kosten von der Generalkommission getragen. Außerdem leistet die Generalkommission den durch den Rückschlag an beitragslosbleibenden Mitgliedern finanziell besonders bedrängten Sekretariaten laufende oder einmalige Zuschüsse. Die berichtenden Sekretariate verzeichnen zusammen eine Ausgabe von 630 602 M., sie übersteigt die des Vorjahres um 84 287 M. Von der Ausgabe wurden 315 425 M. aus den Kartellklassen, 49 601 M. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 40 257 M. aus den Kassen der beteiligten Organisationen gedeckt. Von der letzteren Summe kommen auf den Bergarbeiterverband für die Unterhaltung seiner Sekretariate 26 683 M. Die Generalkommission leistete an 56 Sekretariate zusammen 95 588 M. Zuschüsse. 26 Sekretariate erhielten Zuwendungen von Parteioptionen im Gesamtbetrage von 9092 M. und

aus Staats- und Gemeindegeldern wurden 12 Sekretariate Beihilfen gewährt, die sich im einzelnen zwischen 100 bis 4000 M. bewegen und zusammen die Summe von 12 800 M. ausmachen. Die Tätigkeit der Sekretariate war im Jahre 1917 nicht ganz so umfangreich wie 1916; die Frequenzsiffer, die Zahl der Auskünfte und Schriftsätze stehen hinter denen des Vorjahres zurück. Die Verminderung ist aber nicht so erheblich, daß hieraus ungünstige Schlüsse für die Entwicklung der Sekretariate gezogen werden könnten. Es nahmen 511 763 Personen die Sekretariate in Anspruch gegen 528 886 im Vorjahre. Von den Auskunftsuchenden waren 477 106 = 92,2 Proz. Arbeitnehmer oder Angehörige derselben und 52 883 Personen gehörten anderen Bevölkerungsklassen an. Außerdem wandten sich in 1795 Fällen Behörden und Korporationen an die Sekretariate. Von den Auskunftsuchenden waren 202 772 = 53,8 Proz. gewerkschaftlich organisiert. SK. Gewerkschaftlicher Geist im Heere. Der Verband der Friseurgehilfen, der durch den Krieg schwer gestiftet hat, teilt in seiner Jahresabrechnung mit, daß nahezu der vierte Teil aller Beiträge freiwillig von den im Heere stehenden Mitgliedern gewilligt worden ist. Ein schönes Zeichen dafür, daß die Feldgrauen auch die Zivilsolidarität nicht vergessen haben, wobei allerdings nicht zu übersehen ist, daß die Friseure im Feldgrauen Rock neben ihren militärischen Verträgen an Löhnung mit nicht gerade geringen Extraeinnahmen für ihre berufliche Tätigkeit rechnen können, ein Vorteil, den sie nun noch mit den Kompagnieführern und -schneidern teilen. SK. Unfälle im Bergbau. Die Zahl der Unfälle im deutschen Bergbau ist von 14,66 auf 1000 Versicherte im Jahre 1918 auf 14,97 im Jahre 1917 gestiegen. Die Zahl der tödlichen Unfälle betrug

1918 insgesamt 2121, im letzten Jahre 2874 und unter Einrechnung der nicht entschädigten Unfälle mindestens 3000. Besonders groß ist die Zunahme der Unfälle bei Jugendlichen und weiblichen Arbeitern, die früher ja im Bergbau längst nicht in der Zahl beschäftigt wurden als gegenwärtig. Der steigende Blutstrom im Bergbau macht Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zur dringlichen Notwendigkeit. Neben allgemeinen Maßnahmen in bezug auf Arbeitszeit und Arbeitsart ist die sofortige Einführung einer ständigen Betriebskontrolle durch freigestellte Arbeiterkontrollreue notwendig.

Abrechnungen

Vom Gau 4 mit 1000 M., Halberstadt 60 M., Gau 6/7 400 M., Hamburg-Altona 3000 M., Arnstadt — M., Eisenberg 401,78 M., Jena — M., Langensalza — M., Schleiz 365,75 M., Weimar 95,69 M., Nauch — M., Tüßeldorf 600 M., Sagen — M., Arafeld 225 M., Solingen-Wald 75 M., Frankfurt a. M. 411,99 M., Hanau 61,05 M., Saarbruden 139 M., Altenburg 250 M., Wöhrlitz — M., Würzen 350 M., Erlangen 350 M., Schweinfurt — M. und von Würzburg mit — M. E. Hauelsen.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer. B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Altenburg, S.-M. R. Frey Hecht, Radtzenstraße 2, III.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder u. verw. Geschäftszweige (Kleiner Versicherungsverein-Erntekasse)

Gemäß der Bundesratsverordnung vom 20. Dezember 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1121) über die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen sah sich der Vorstand der Kasse genötigt, Allgemeine Bestimmungen für diese Wiederherstellung festzusetzen, die vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung am 19. September 1918 der Kasse genehmigt sind und liegen dieselben in den Kassenlokalen unserer Verwaltungsstellen zur Einsichtnahme aus. Laut § 30 der Satzung wird dieses hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Der Vorstand J. A.: Paul Städter.

Preisvergolder in angenehme Dauerstellung für sofort oder später gesucht. Anfragen wegen Lohn usw. bitte zu richten an Alban Schenker, Sehma i. Crag.

Buchbindergehilfen in dauernde Stellung gesucht. Carl Flemming, Akt.-Ges., Glogau.

Buchbindermaschinen, Material kauft, verkauft Otto Müller, Berlin S 42, Wasserlärstr. 34. Amt Moritzplatz 5522.

Klebstoff, dunkel, Fabrikmarke „Die schwarze Frau“ gefeigl. gesch. für Papier, Gewebe, Holz, Leder usw., vorzügliche Klebestoff. — Muster gratis. Vertreter und Großisten gesucht. Vertreten auf der Messe in Leipzig, Technische Messe, Messpalast Reichsanstalt, II. Obergesch., Platz 521/2. Verpackungsmittelmesse, Messpalast, Reichsanstalt, Stand 25, Saal 2. Messpalast Zeisighaus 354-59. Union G. m. b. H. für chemisch-technische Produktion, Berlin SW. 48, Friedrichstrasse 250.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel kleben nur noch mit Wiril Klebstoffen (D. R. P. a.) Glänzende Begutachtungen. Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten. Chemisch-technische Werke Willybald Richter Leipzig, Querstrasse 4-6, Telephon 3049. Telegramm-Adresse: Wirilwerke.

Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr, im Zentral-Theater, Kommandantenstraße 2. Theater-Vorstellung, Die Stützen der Gesellschaft von H. Ibsen. Billetts sind im Bureau und bei den Vertrauenspersonen gegen Bezahlung vom Sonnabend, den 19. Oktober ab, erhältlich. Da uns nur 800 Plätze zur Verfügung stehen, ist rechtzeitige Abnahme der Billetts zu empfehlen. Die Ortsverwaltung. J. A.: R. Würzberger.

Lohntarif für Buchbinderarbeiten Preis für Mitglieder 1,20 M., einschließlich Porto (bei Parteibezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,40 M. Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten Preis für Mitglieder 80 Pf., für Nichtmitglieder 1,30 M. Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I, Postfachkonto Nr. 23210, zu richten.

Tischler- u. Buchbinderleim Streckung sowie Kleister-, Dextrin- und Gummi-arabicum-Ersatz, flüssig und in Pulverform. Bezugsscheinfreie und bezugsscheinpflichtige Qualitäten. Genauen Verwendungszweck angeben. Chemische Fabrik Karl Schlamelcher, Hamburg 1, Bieberhaus.